



PROTESTBANNER:
Jetzt kostet der Eintritt 275 Euro.

Die letzte Bastion

STUDIENGEBÜHREN Seit dem 14. März müssen nach harten Auseinandersetzungen auch die Studierenden an der Universität Münster, der drittgrößten Deutschlands, zahlen – 275 Euro. Wir haben den Schauplatz der Konflikte kurz vor der Entscheidung besucht.

Von **DOMINIK REINLE**. Der Autor arbeitet als freier Journalist in Köln.

Links vorm Schloss“ – der Name des AStA-Magazins ist gleich eine doppelte Standortbestimmung. Vor dem fürstbischöflichen Barockschloss in Münster, heute Hauptgebäude der Westfälischen Wilhelms-Universität, stehen in gebührendem Abstand und symmetrisch angeordnet zwei alte Wachhäuser aus rotem Backstein. Im südlichen Wachhaus, links vor dem Schloss, ist der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) untergebracht. Die Vertretung der Studenten ist aber nicht nur räumlich, sondern auch politisch links positioniert, wie Jörg Rostek erklärt. Der 25-Jährige studiert im 7. Semester Politik, Wirtschaft und Geschichte, er ist der Öffentlichkeitsreferent des AStA. Sein verwinkeltes Büro befindet sich direkt unter dem Dach des einstöckigen Gebäudes. Hier hat der Münsteraner Widerstand gegen Studiengebühren seine Basis. Der Weg dorthin ist zugestellt mit Kartons voller Broschüren, Flyern und Postkarten. An den Wänden hängt Plakat an Plakat, und zusammengerollte Transparente lehnen in der Ecke. Im Sitzungszimmer warten zwei weitere Aktivisten. Hendrik Hilgert, 23, Student der Geschichte, Politik und Soziologie im fünften Semester. Er arbeitet bei der Fachschaft Geschichte mit. Roman Wyes, 26, studiert im fünften Semester Psychologie auf Diplom.

MASSIVER WIDERSTAND Wie Rostek gehört auch Wyes dem Unabhängigen Fachschaftsforum an, einer hochschulpolitischen Organisation links von der Juso-Hochschulgruppe. Was die drei besonders prädestiniert, können sie nicht sagen. Auslöser für ihr Engagement war das Studienbeitragsgesetz, das im April 2006 in Nordrhein-Westfalen in Kraft trat. Die rechtliche Voraussetzung dafür hatte das Bundesverfassungsgericht Anfang 2005 geschaffen, als es das gene-

relle Verbot von Studiengebühren gekippt hatte. Seither sind die Gebühren Ländersache. Im Unterschied zu anderen Bundesländern haben die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nun die Möglichkeit, selbst über die Einführung allgemeiner Studiengebühren ab dem ersten Semester zu entscheiden. Alle Unis in NRW hatten sich dafür entschieden, bis irgendwann nur noch Münster übrig war. Ein Umstand, den die Studenten für sich als Erfolg verbuchen: „Wir sind landesweit die letzte Bastion“, sagt Hilgert. „Wir haben bisher drei Mal Studiengebühren verhindert. Es gibt einen Kern, der alles koordiniert. Aber wer dort gerade aktiv ist, das wechselt immer wieder“, erzählt Hilgert.

Tatsächlich hat der zuständige Senat lange Zeit keinen Beschluss fällen können. Massive Proteste haben die Entscheidung der 23 Senatoren – zwölf Professoren, vier Studenten sowie vier wissenschaftliche und drei nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter – hinausgezögert: Die erste Senatssitzung wurde im Mai 2006 von einigen Dutzend Studenten mit Trillerpfeifen, Megafonen und Signalsirenen gesprengt. Gleichzeitig besetzten sie zwei Wochen lang das Rektorat im Südflügel des Schlosses. Im Januar 2007 scheiterte auch der zweite Versuch, über Studiengebühren zu beraten. Hunderte Studenten waren trotz zahlreicher Sicherheitskräfte in den Senatssaal im Schloss eingedrungen. Die Sitzung musste wegen Beschlussunfähigkeit ►

► abgebrochen werden: Die Professoren des Senats kamen nicht in das blockierte Schloss. Einen Neujahrsempfang sagte das Rektorat wegen Sicherheitsbedenken ab. Wenige Tage später traf sich der Senat unter Polizeischutz zur dritten Sitzung auf einem eingezäunten THW-Übungsge-
lände in Münster-Handorf, wo früher NATO-Raketen stationiert waren. Während draußen hunderte Studenten lautstark demonstrierten, vertagte drinnen eine knappe Mehrheit die Entscheidung und setzte stattdessen eine Arbeitskommission ein.

DAS HALBE SCHLOSS BESETZT Zwischen den großen Aktionen gibt es aber auch immer wieder kleine: „Ich habe letztes Plätzchen gebacken“, erzählt Wyes. „Die Studienplätzchen für umsonst‘ haben wir auf dem Marktplatz verteilt.“ Ziel, sagt er, sei gewesen, die Bevölkerung für die Lage der Studenten zu sensibilisieren. Die Passanten hätten „amüsiert und interessiert“ reagiert und sich in Gespräche verwickeln lassen. „Wir versuchen halt, alle möglichen Leute in diese Protestbewegung zu integrieren“, erklärt Wyes. Das sei allerdings auf Dauer schwierig:

Brüggemann, ein Student vom RCDS, hat nichts gegen die Gebühren. Er argumentiert, dass eine Friseurin durch ihre Steuern das Studium eines Arztes finanziere, ihre Meisterprüfung aber selbst bezahlen muss.

„Man merkt sehr schnell, wie instabil eine Bewegung ist.“ Für den Zusammenhalt unter den Studenten war besonders eine Aktion wichtig: „Der Katalysator war die Schlossbesetzung“, sagt Hilgert. „Daraus ist eine unheimlich schöne Eigendynamik entstanden.“ Die damals „geliebte Solidarität“, sagt er, wirke bis heute nach.

„Wir hatten die ganze linke Schlosshälfte in unserer Hand. Durch Barrikaden geschützt, konnten wir machen, was wir wollten“, erzählt Rostek begeistert. „Wir hatten Leute, die für uns kochten, wir hatten dort Schlafsäcke.“ Arbeitskreise kümmerten sich um alle wichtigen Aufgaben: Flyer drucken und in der Stadt verteilen, Pressemitteilungen schreiben, eine Homepage basteln, Essen und Trinken holen, im Schloss sauber machen. „Jede Entscheidung war basisdemokratisch legitimiert durch einen Beschluss der Vollversammlung – manchmal vier Mal pro Tag“, erklärt Rostek. Die nötige Organisationserfahrung hatte er sich kurz zuvor bei einem Besuch der Universität Bielefeld angeeignet, wo er an der Besetzung des Rektorats beteiligt war. Inzwischen hat er bundesweit Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen geknüpft.

HOCHSCHULE IM WETTBEWERB Die Kommunikation mit der Gegenseite klappt hingegen nicht: „Es gibt bedauerlicherweise keine direkten Gespräche zwischen dem Rektorat und den Studierenden“, kritisiert Wyes. Die Studentinnen nehmen Rektorin Ursula Nelles ihren „Seitenwechsel“ übel: Sie werfen ihr vor, sich vor ihrer Wahl im Oktober 2006 als Gegnerin von Studiengebühren profiliert zu haben, um sich von den studentischen Senatoren mitwählen zu lassen, aber ein paar Monate später plötzlich doch Studiengebühren zu fordern. „Diese Erkenntnis kam doch relativ spontan, nachdem sie ihren Posten hatte“, findet Hilgert. Ganz anders sieht der Pressereferent der Universität Münster, Norbert Frie, die Sache: „Frau Professorin Nelles hat vor ihrer Wahl, aber auch danach erklärt, dass sie eine Gegnerin von Studienbeiträgen ist. Sie lehnt Studiengebühren als Mittel zur Hochschulfinanzierung ab.“ Allerdings, fügt er an, könne die Universität Münster nicht als einzige Hochschule im Land auf Beiträge verzichten. „Wir stehen im Wettbewerb.“ Sein Argument: Wenn alle anderen Gebühren nehmen, könne es sich Münster nicht erlauben, „sehenden Auges auf diese Gelder und damit auf eine mögliche weitere Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre zu verzichten.“

Das Rektorat setzt auf einen „münsterschen Weg“: Erste Berechnungen hätten ergeben, dass in Münster Studienbeiträge von rund 300 Euro pro Semester ausreichten – statt der gesetzlich möglichen 500 Euro. Außerdem müssten Fehler anderer Hochschulen vermieden werden, sagt Uni-Sprecher Frie:

„Es kann nicht nach dem Prinzip gehen: Sammeln wir erst einmal die Gelder ein, legen sie auf ein Konto und überlegen dann, was wir damit Schönes machen.“ Vielmehr sei vor Einführung der Gebühren der tatsäch-

liche Bedarf bis ins Detail zu klären. Die Studenten haben in solche Ankündigungen kein Vertrauen: „Die Studiengebühren werden in Zukunft weit über 500 Euro steigen“, sagt AStA-Sprecher Rostek. Er erwartet, dass der Staat sich immer stärker aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen wird.

Seine Zukunftsvision: „Es wird forschende Hochschulen geben, die von Unternehmen gesponsert werden. Und es wird lehrende Hochschulen geben, die komplett von den Studierenden finanziert werden müssen.“ Diese Entwicklung, so meint er, werde in Nordrhein-Westfalen durch das seit Januar geltende Hochschulfreiheitsgesetz noch angeheizt. Denn es erlaube Unternehmen, Hochschulen mitzusteuern. „Da muss man überlegen, wer künftig im Hochschulrat sitzt: der Rüstungsindustrielle oder der Literatur-Nobelpreisträger.“

GEMISCHTE FRONTEN Hilgert, der Mitglied der Haushaltskommission des Fachbereichs Philosophie/Geschichte ist, zweifelt grundsätzlich daran, dass die Universität Münster die Studiengebühren nötig hat: „Das Rektorat hat dieses Jahr elf Millionen Euro übrig.“ Geld, so sagt er, sei durchaus vorhanden, es werde nur falsch verteilt. Außerdem schaffe das Rektorat einen künstlichen Bedarf, wenn es die Fachbereiche in einem Fragebogen auffordere, ihre Wünsche anzugeben. Damit nicht genug. „Studiengebühren sind ein sozialer Abschlussmechanismus“, ergänzt Rostek überzeugt. „Damit werden Lebenschancen beseitigt, denn Bildung ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

LÄNDER



Foto: Jürgen Seidel

Demonstration in Düsseldorf

Welle des Boykotts

Fast jedes zweite Bundesland hat Studiengebühren eingeführt. Viele Studenten wehren sich, indem sie das Geld einbehalten oder die Gerichte mit Klagen überziehen.

Studiengebühren gibt es bisher in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern, Hessen und im Saarland. Insgesamt sind Tausende Klagen von Studenten anhängig, von denen einige von Gewerkschaften unterstützt werden. Rund 2500 sind allein bei den Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg eingegangen. Gegen die Gebühren werden unterschiedliche Argumente ins Feld geführt: der Sozialpakt der Vereinten Nationen, der die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit des Hochschulunterrichts vorschreibt, mögliche Verletzungen von Grundrechten oder die Benachteiligung von Behinderten, Ausländern und Menschen mit Kindern. Entscheidungen haben die Gerichte bisher nicht gefällt.

An vielen Orten fordern Initiativen die Studenten auf, die Studiengebühren in Höhe von durchschnittlich rund 500 Euro pro Semester statt direkt an die Universitäten auf Treuhandkonten zu überweisen. Die Mindestbeteiligung ist dabei auf 25 bis 30 Prozent festgelegt. Wird diese Schwelle erreicht, soll das Geld zunächst einbehalten werden. Hinter der Aktion steht die Idee, dass keine Universität es sich leisten kann, ein Viertel ihrer Studierenden zwangsweise zu exmatrikulieren. „In der Fläche wurden bisher die Boykott-Quoren nicht erreicht“, sagt Mike Niederstraßer, Geschäftsführer des bundesweiten Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren. Dennoch hätten insgesamt mehr als 10 000 Studenten teilgenommen. Eine weitere Boykott-Welle ist für das Wintersemester 2007/08 zu erwarten. ■

Beim Thema Gebühren verlaufen die Fronten jedoch nicht immer zwischen Studenten und Professoren. In beiden Gruppen gibt es Befürworter und Gegner. So will BWL-Student Max H. Brüggemann, der für den RCDS im Senat sitzt, für Studiengebühren stimmen. Der 23-Jährige findet kostenloses Studieren unsozial: „Das Studium wird heute komplett von der Gesamtgesellschaft bezahlt. Daher halte ich es durchaus für sozial gerecht, wenn die Studenten zumindest einen Beitrag zu ihrer Ausbildung leisten.“ Er sagt, ihn überzeuge das Beispiel der Friseurin, die zwar durch ihre Steuern das Studium eines Arztes finanziere, ihre Meisterprüfung aber selbst bezahlen müsse. Außerdem, argumentiert er, verdiene ein Akademiker im Durchschnitt mehr als jemand ohne Uni-Abschluss. Die Gefahr, dass Studiengebühren untere Schichten benachteiligen, sieht Brüggemann nicht: „Jeder hat Anspruch auf ein Darlehen der NRW-Bank, und niemand muss dieses Darlehen zurückzahlen, wenn er nicht über ein gewisses Einkommen im späteren Berufsleben hinauskommt.“ Die Idee: Für den Fall, dass der Absolvent innerhalb der ersten 15 Jahre nach dem Examen eine fest definierte Einkommensgrenze nicht erreicht, wird ihm die Schuld erlassen und vom Ausfallfonds bezahlt, der aus den Studienbeiträgen eingerichtet werden soll.

GEBÜHREN IN 7 VON 16 LÄNDERN Die Proteste seiner Kommilitonen lehnt Brüggemann als kontraproduktiv ab: „Eine Senatsstürmung macht die Professoren sicherlich nicht gesprächsbereiter. Vor allem, wenn sie geschubst, geboxt oder mit Trillerpfeifen ins Ohr gepfiffen werden. Das sind einfach undemokratische Machenschaften“, sagt der RCDSler. Auch Medizin-Professor Joachim Boos, ebenfalls Mitglied im Senat, ist von den studentischen Aktionen „nicht begeistert“: „Besetzungen und destruktive Demonstrationen blockieren demokratische Entscheidungsprozesse.“ Dennoch gehört der 51-Jährige zu den Gegnern von Studiengebühren. „Wenn ein Staat sagt, sein Hauptkapital sind die Köpfe, dann muss man auch Bildung möglichst kostenlos zur Verfügung stellen.“

Mit seiner Meinung fühlt sich Boos keineswegs in der Minderheit: „Bisher haben nur sieben der 16 Bundesländer Studiengebühren eingeführt.“ Münster stehe aber nicht nur mit NRW-Unis in Konkurrenz, sondern mit allen Hochschulen. Der Verzicht auf Studiengebühren könne deshalb als Magnet wirken. Und steigende Studentenzahlen würden nach der Kapazitätsverordnung auch höhere Beiträge des Landes bedeuten. Weitere Zuwendungen könnten so auch aus dem geplanten Hochschulpakt 2020 fließen, der im Herbst 2007 in Kraft treten soll. „Zusätzlich zu einer lebenswerten Stadt ▶



RANGELEI BEI PROTESTAKTION, AKTIVISTEN ROSTEK, HILGERT, WYES: „Ich würde einen Kredit aufnehmen.“

- bieten wir hier ein Studium, das nicht ausschließlich auf Globalisierung und den Markt ausgerichtet ist“, wirbt Boos. „Das ist ein echtes Wertmerkmal für unsere geisteswissenschaftlich geprägte Uni.“ Er plädiert für einen dreijährigen Verzicht auf Studiengebühren, um Studien-

liche Mechanismen gelernt und wie sie funktionieren“, resümiert Rostek. Zum Beispiel über „strukturelle Gewalt“, wie er es nennt: „Wenn die Professoren im Senat die Mehrheit haben, können sie durchstimmen, was sie wollen.“ Da, meint er, müsse man erst einmal seine Art finden, damit umzugehen. Er sagt, dass er durch sein Engagement ein ganz anderes Selbstwertgefühl bekommen

Hilgert ist gegen die Gebühren. Er sagt, Geld sei genug da. Die Erfahrung, dass es doch noch Leute gibt, die für ihre Meinung auf die Straße gehen, hat in ihm wieder Hoffnung und Idealismus geweckt.

hat: „Das ist für die Zukunft sicher das Beste, was einem passieren kann.“ Bei Hilgert hat die Erfahrung, „dass es doch noch ein paar Leute gibt, die für ihre Meinung auf die Straße gehen“,

interessanten ein verlässliches Angebot machen zu können. „Sonst gehen sie direkt in die Bundesländer ohne Studiengebühren.“

Geht der Wunsch von Boos allerdings nicht in Erfüllung und die Münsteraner Senatsmehrheit entscheidet für Studiengebühren, hätte das für die Studenten direkt Konsequenzen. „Ich würde nicht arbeiten gehen, sondern einen Kredit aufnehmen, um möglichst schnell mit dem Studium durchzukommen“, meint Hilgert. Für AStA-Sprecher Rostek wären Studiengebühren eine persönliche Katastrophe: „Ich weiß nicht, ob ich dann weiterkämpfen würde.“ Aber es gebe auch eine Zeit nach der Einführung von Studiengebühren, sagt er dann: „Es gibt den Boykott, es gibt die Möglichkeit zu klagen.“ Wyes pflichtet ihm bei: „Die Einführung wäre sehr frustrierend, da ich eine Menge Zeit und Energie eingesetzt habe. Aber ich würde den Kopf nicht hängen lassen.“

wieder Hoffnung und Idealismus geweckt. Rostek erzählt zum Schluss, dass ihn vor kurzem eine Kassiererin nach einer Vollversammlung wiedererkannt hat, auf der er eine Rede gehalten habe. Sie sagte: „Wenn ihr die Zukunft seid, dann müssen wir uns um die Zukunft keine Sorgen mehr machen.“ ■

MEHR INFORMATIONEN



Aktuelle Informationen zur Einführung der Gebühren:
<http://web.uni-muenster.de/asta>

Ein Blog, der sich der Hochschulpolitik in Münster widmet:
www.hopowatch.de

Die „Offene Uni Münster“ wurde von Studenten gegründet, die sich gegen Studiengebühren engagieren: www.oums.de

„Aktionskreis gegen die Privatisierung der Bildung“:
www.protest-gegen-studiengebuehren.de

Bundesweites „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ (ABS):
www.abs-bund.de